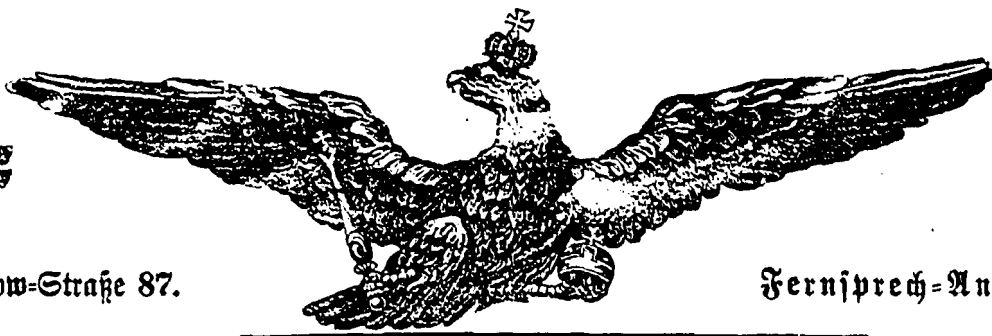


Ersteinst  
Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal:  
Durch die Post bezogen 1 Mk. 25 Pf. zzgl. Bestellgebühr,  
frei ins Haus 1 Mk. 50 Pf.  
Abonnements werden von sämtlichen Post-Anstalten,  
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

# Zeltower

Inserate  
werden in der Expedition:  
Berlin W., Süssow-Strasse 87,  
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den  
Agenturen im Kreise angenommen.  
Preis  
der einfachen Zeile oder deren Raum 20 Pf.

# Kreis-



# Blatt.

Expedition: Berlin W., Süssow-Strasse 87.

Fernsprech-Anschluß: Amt VI., Nr. 671.

Nr. 10.

Berlin, Dienstag, den 23. Januar 1894.

38. Jahrg.

Redaktion und Expedition befinden sich jetzt: Berlin W., Süssowstraße 87, 4. Haus von der Potsdamerstraße, gegenüber dem Elisabeth-Krankenhaus.

## Amthliches.

Berlin, den 19. Januar 1894.

Der Amtsvorsteher und Standesbeamte von Schräpper in Posen ist bis zum 29. Januar d. J. an Wahrnehmung der Amtsgeschäfte verhindert und wird während dieser Zeit in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher durch den Bürgermeister Regener, als Standesbeamter durch den Stadtkassen-Rendanten Böring in Posen vertreten.

### Der Landrath.

J. B. Keller, Kreis-Deputirter

Berlin, 16. Januar 1894.

Nachdem die Masern-Epidemie in der Gemeinde Tempelhof erloschen ist, wird die meinerseits mittelst Bekanntmachung vom 17. November d. J. (Kreisblatt Stück Nr. 139) für den Umfang des genannten Bezirks angeordnete allgemeine Anzeigepflicht hiermit aufgehoben.

Der königliche Landrath des Kreises Zeltow.  
J. B. Frhr. v. Dornberg, Reg.-Assessor.

## Personal-Chronik.

Der Arbeiter Heinrich, Wilhelm Linneweh, genannt Feuer, zu Tempelhof, ist als Nachwächter der Gemeinde Tempelhof bestätigt und als solcher vereidigt worden.

## Nichtamtliches.

### Bundschau.

\* Unser Kaiser begab sich am Freitag früh um 8 1/2 Uhr zur Besichtigung der Rekruten der Leib-, 4., 6. und 10. Kompanie des 1. Garde-regiments z. F. nach Potsdam. In der Begleitung Sr. Majestät befand sich auch der Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern. Se. Majestät fuhr um 1 Uhr 19 Minuten nach Berlin zurück und traf gegen 2 Uhr Nachmittags wieder im königlichen Schlosse hieselbst ein. Zur Abendtafel waren keine Einladungen ergangen. Um 8 1/2 Uhr fand eine Abendgesellschaft bei Ihren Majestäten statt, bei welcher im Pfeiseraale getanzt wurde. Der Kaiser sowohl wie die Kaiserin theilnahmen sich wiederholt an Tänz. Das Kaiserpaar zog sich erst nach Mitternacht zurück. — Am Sonnabend Vormittag unternahm der Kaiser zunächst eine Ausfahrt nach dem Thiergarten und die gewohnte Promenade daselbst. Auf der Rückfahrt nahm der Kaiser in der Wohnung des Staatssekretärs des Auswärtigen dessen Vortrag entgegen. In das Schloß zurückgekehrt, empfing Se. Majestät von 10 Uhr ab den Chef des Generalstabes zum Vortrage und arbeitete sodann mit dem Chef des Militärkabinetts. Um 1 Uhr nahm Se. Majestät eine Reihe militärischer Meldungen entgegen. Um 2 Uhr machte der Kaiser ein Spazierritt im Thiergarten, kehrte nach 4 ins Schloß zurück, erledigte Regierungsgeschäfte und empfing um 5 1/2 Uhr den türkischen Divisionsgeneral Schakir Pascha sowie den Brigadegeneral und General-Adjutanten des Sultans von Grumbkow Pascha, welche im Auftrage des Großherrn den neuen türkischen Orden „Klunedaniel Osman“ dem deutschen Kaiser überreichten. — Am Abend um 6 Uhr fand im Schlosse Galatafel zu 150 Gedecken statt; nach derselben Galatoper mit der Aufführung des „Freischütz“. — Am Sonntag wurde das Ordensfest gefeiert, zu welchem die Auffahrt der geladenen Gäste schon von 9 Uhr morgens ab begann. Um 12 Uhr war feierlicher Gottesdienst in der Schloßkapelle. Vor demselben hatten die Majestäten das Präsidium des Herrenhauses empfangen. Nach der Tafel wurde das Präsidium des Abgeordnetenhauses die Ehre des Empfanges zu Theil, welcher sich in hehrvollster und leutseligster Weise vollzog.

— Wie die „Schlesische Zeitung“ dieser Tage meldet, hätte der Kaiser neuerdings Gelegenheit genommen, sich gegenüber einem der konservativen Partei nahestehenden Manne dahin auszusprechen, die Konservativen sollten doch nicht denken, daß er sich in der Wahl seiner Rathgeber irgendwo beeinflussen lassen würde, und daß er insbesondere in Bezug auf den russischen Handelsvertrag nicht ganz hinter dem Grafen Caprivi stände. — Die „Post“ kann die Wichtigkeit dieser Nachricht vollkommen bestätigen und dem Träger eines bekannten konservativen Namens gethan wurde. — Da die „Nordd. Allg. Ztg.“ Obiges abdruckt, so dürfte an der Zuverlässigkeit der Meldung in keiner Hinsicht zu zweifeln sein.

— Das Gesetz, betreffend die Gewährung von Unterstützungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene, ist unterm 14. Januar vom Kaiser vollzogen worden.

— Der „Köln. Ztg.“ wird unterm 19. Januar aus Arnberg geschrieben:

Die hiesige Regierung hat soeben eine das Wahlbeziehungsweise Besetzungsrecht der Lehrstellen regelnde Verordnung an die Kreis-Schulinspektoren erlassen, die in die bisherigen Rechte der Schulvorstände tief einschneidet. Wenn den Schulvorständen auch gewöhnlich bei Besetzung erledigter oder neu gegründeter Stellen gestattet worden sei, die Stellen auszuschreiben und danach der königlichen Regierung Vorschläge zu machen, so dürfe daraus ein Wahl- oder Vorschlagsrecht für die Schulvorstände nicht hergeleitet werden. Vielmehr verbleibe das Besetzungsrecht der Schulaufsichtsbehörde und es könne eine Beschränkung desselben unter keinen Umständen von derselben gestattet werden. Die Schulvorstände werden angewiesen, bei Erledigung von Stellen oder Gründung neuer sich der Ausschreibung und der Einrichtung von Vorschlägen zu enthalten, sofern nicht die Aufsichtsbehörde dazu die Erlaubnis gegeben habe. In letztem Falle sollen in erster Linie die im Bezirk beschäftigten Lehrpersonen berücksichtigt werden. Bisher wählten die Schulvorstände die anzustellenden Lehrer selbst; die Aufsichtsbehörde machte nur von dem Rechte der Bestätigung Gebrauch.

— Aus Sappemeer in der holländischen Provinz Groningen wird gemeldet, daß in Folge einer Demonstration von Arbeitslosen eine Proklamation veröffentlicht wurde, welche jede Ansammlung von mehr als fünf Personen unterlag. Der Zug der Arbeitslosen wurde von der Polizei zerstreut, ohne daß Jemand verwundet wurde.

— Der Import Frankreichs im abgelaufenen Jahre betrug 3936 Millionen gegen 4188 Millionen im Jahre 1892 und 4767 Millionen im Jahre 1891; der Export betrug 3209 Millionen gegen 3460 Millionen im Jahre 1892 und 3569 Millionen im Jahre 1891. — Die Zollkommission ernannte Meline zum Präsidenten. Derselbe betonte in einer Ansprache die Mäßigung der früheren Zollkommission und forderte zu einer raschen Erledigung der gegenwärtigen Arbeiten auf; vorerst sei die Frage der Getreidezölle zu prüfen. — Die Kammer nahm am Sonnabend nach kurzer Debatte einstimmig im Einvernehmen mit der Regierung den Antrag der landwirtschaftlichen Gruppe an, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, einen die Grundsteuer herabsetzenden Gesetzentwurf einzubringen. — Der am 3. Oktober v. J. mit Siam abgeschlossene Vertrag wurde debattelos genehmigt. In Erwiderung auf eine Anfrage betreffs Bildung des Pufferstaates erklärte der Präsident Casimir-Perier, die Verhandlungen mit England dauerten fort. — Die Kammern werden in nächster Zeit angegangen werden, die gemischten Gerichte in Aegypten für weitere fünf Jahre, vom 1. Februar ab, zu bestätigen. Aegypten hat auf Grund eines gemeinsamen Vorgehens aller Mächte der Verlängerung zugestimmt. — Am Freitag explodirte in Neuilly (unmittelbar bei Paris gelegen) eine Bombe, welche aus einer kleinen Büchse verfertigt und mit gewöhnlichem Schießpulver gefüllt war. Man glaubt, daß es sich um einen schlechten Scherz handelt. Auch von einer am Vormittag desselben Tages in den Wandergängen der Polizeipräfektur gefundenen Röhre, welche mit Bindfaden umwickelt und mit einer Bindfaden versehen war, glaubt man, daß dieselbe auf einen Scherz zurückzuführen ist. Der Inhalt dieser Röhre ist noch nicht bekannt. Von anderer Seite wird berichtet, daß die Behörden diese Bomben nur deshalb so „scherzhaft“ auffassen, weil sie der Bevölkerung neue Beunruhigung ersparen wollen.

— In Serbien scheinen wieder ernste Dinge sich vorzubereiten. Der Times zufolge droht zunächst eine Ministerkrisis. Die Beziehungen des Königs zum Cabinet seien äußerst gespannt. Die Lage des Königs sei mißlich, da die Anhänger der Dynastie Obrenowitsch durch eine lange Mißwirtschaft unzufrieden geworden seien. Der König habe den Staatsstreik schon bereut; eine zweite ähnliche Handlung wie die diesbezügliche Anfechtung der Verfassung könnte ihm den Thron kosten. Man vermuthet, daß Milan jetzt nachdem der Mentor des Königs, Dolitsch, gestorben ist, nach Belgrad zurückkehren wird, um seinem Sohne mit seinem Rath beizustehen. — Den „Rath“ kennt man. Ja, wenn es sich um Spiel oder Liebchaften handeln würde, dann wäre der

Rath von Werth! Pariser Blätter heben als bemerkenswerth hervor, daß König Milan schon seit einigen Tagen nicht in Paris gesehen worden ist. Auf Anfragen in seiner Wohnung wurde erwidert, daß König Milan zu einer Jagd gereist sei. — Wahrscheinlich zur Jagd auf neue Millionen, da die früheren bereits verbraucht sind. — In Belgrader unterrichteten Kreisen wird bestimmt versichert, daß die in auswärtigen Blättern verbreiteten Nachrichten über einen angeblichen Plan des Königs bezüglich der Verulung eines außerparlamentarischen Ministeriums und dahingehender Unterhandlungen mit mehreren Persönlichkeiten stark übertrieben seien. Gegenwärtig gilt ein solcher Plan, falls er überhaupt bestanden hat, für aufgegeben, angeblich in Folge abzunehmender Rathschläge, welche dem Könige auch von mehreren unter denjenigen Persönlichkeiten zugekommen seien, denen eine Rolle der bei Bildung eines Kabinetts zugedacht gewesen sein soll. — Aus alle dem ergibt sich, daß die Verhältnisse weit davon entfernt sind, diejenige beruhigende und stetige Entwicklung zu nehmen, die man bei der Thronbesteigung Alexanders zu hoffen wagte. — Die letzten Depeschen melden die am Sonntag um 1 Uhr Mittags stattgehabte Ankunft Milans in Belgrad und die in Folge dessen gegebene Demission des gesamten Ministeriums, welche vom Könige angenommen wurde.

— Die „Daily News“ erklären, aus zuverlässiger Quelle erfahren zu haben, daß der Indische Rath den unmittelbaren Verkauf von Schatzamtswertpapieren beabsichtige; es bestätigt dies die in London bestehende Meinung, daß die indische Regierung Privatien nicht wieder die Ausprägung von Silber gestatten werde.

— Nachrichten aus Samoa vom 3. Januar melden, daß die Eingeborenen in Ana sich empört und den Sohn Tamasese zum König ausgerufen haben. Die Bewohner Samais haben Malietoa Treue geschworen und scharen sich um ihn. Die angebliche Absicht der Mächte, die Eingeborenen zu ent Waffen, soll der Hauptgrund der Unzufriedenheit sein. Die Bewohner erklären, sie würden jedem Versuche, ihnen die Waffen zu nehmen, Widerstand leisten.

## Aus den Parlamenten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Januar.

Am Sonnabend Spätnachmittag brachte der Reichstag die erste Beratung der Weinsteuervorlage endlich zum Abschluß. Der Gesetzentwurf wurde derselben Kommission überwiesen, welcher das Stempelsteuergesetz und das Tabaksteuergesetz bereits zugegangen sind. Vorher wurden noch sieben Mitglieder der Reichskommission für Arbeitsstatistik gewählt. Abg. Bayer (Volkspartei) führte aus, daß das Weinsteuergesetz in Süddeutschland, namentlich in Württemberg, einen recht schlechten Eindruck gemacht habe, damit fördere man den Reichsgedanken nicht. Die kleineren Winzer seien schon über die Gebühr belastet und nun komme man noch mit solchen Abgaben. Der württembergischen Regierung sei 1870 beim Abschluß der Bundesverträge versichert, der Wein solle nur mit Zustimmung der interessirten Staaten einer Reichsteuer unterworfen werden. Württembergischer Ministerpräsident von Mittnacht legt dar, ein bestimmtes Versprechen in dieser Beziehung sei gerade nicht gegeben, wohl aber sei von Herrn Delbrück damals eine solche Berücksichtigung in Aussicht gestellt. Die württembergische Regierung habe im Bundesrathe gegen diese Weinsteuervorlage gestimmt, weil dadurch die kleinen Winzer zu schwer geschädigt würden. Abg. Nooen (Str.) ist gegen die Vorlage, weil dieselbe den obwaltenden Verhältnissen zu wenig Rechnung trage. Hierauf beantragt Abg. von Kardorff (freil.) Vertagung der Beratung, damit der heute nicht anwesende Reichszkanzler auf die Erklärung des württembergischen Ministerpräsidenten antworten könne. Abg. Richter (freil.) schließt sich dem an, da Herr von Mittnacht sich über die Nichterhaltung eines von der Reichsregierung gegebenen Versprechens bellage. Ministerpräsident v. Mittnacht stellt letzteres in Abrede. Bindende Verpflichtungen habe Württemberg früher nicht erlangt. Abgeordneter Gröber (Str.) sieht keinen Grund zur Vertagung. Der württembergische Minister habe vielfach seine Stellungnahme zum Beratungsgegenstande präzisirt, und das sei sein Recht. Abg. Dr. Sammacher (nat.) wünscht aber doch Vertagung. Abg. Richter (freil.) findet an der Erklärung nichts Ungewöhnliches und wird einer Vertagung nur zustimmen, wenn die Vertreter der Reichsregierung dies selbst wünschen. Reichszkanzler Graf Posadowski und Staatssekretär Freyher von Posadowski erklären, hierzu keine Veranlassung zu haben. Der württembergische

Ministerpräsident habe mit seiner Erklärung nur ein verfassungsmäßiges Recht ausgeübt und übrigens von seiner Absicht, dem Reichszkanzler vorher Mittheilung gemacht, Minister von Mittnacht bestätigt das. Abg. von Kardorff (freil.) wünscht trotzdem den Vertagungsantrag aufrecht zu erhalten. Die Abg. Sammacher, Richter und Liber erachten das für unnöthig. Der Vertagungsantrag wird abgelehnt. Nachdem noch die Abg. Blankenborn (nat.), Hirschel (Antisemit), Jöst (Soz.) gegen die Vorlage gesprochen, wird dieselbe der Kommission überwiesen. Alsdann vertagt sich das Haus bis Montag 1 Uhr. (Keine Anträge.)

## Nachrichten aus dem Kreise und der Provinz.

Berlin, 22. Januar.

— Das „Coepentier Dampfsboot“ nimmt von unserer Ermüdung bezüglich des Krankenhausprojektes in einer Weise Notiz, die wir nicht unbedingt als eine richtige erachten können. Wir haben ruhig und sachlich unsere Mittheilungen gemacht, und die Gründe, welche uns bis dahin zum Schweigen veranlaßt hatten, ohne Weiteres angegeben. Daran glaubt das geschätzte Blatt folgern zu dürfen, daß es unsererseits auf eine „Ueber-rumpelung“ abgesehen gewesen sei. Wir gestatten uns, darauf zu antworten, daß das „Dampfsboot“ an eine derartige Absicht selber nicht glauben kann, weil es sich bei einiger Ueberlegung sagen muß, daß eine „Ueberrumpelung“ nur dann Aussicht auf Erfolg hätte, wenn das Geheimniß nur in einer Stelle bekannt wäre. Aber mit dem, was alle Welt weiß oder doch jeden Augenblick erfahren in der Lage ist, lassen sich keine „Ueberrumpelungen“ insceniren. Dazu kommt, daß in vorliegendem Falle nichts verfehlter wäre, als mit solchen Mitteln zu operiren, und nichts überflüssiger, weil in der That absolut nichts zu verbergen ist. Dagegen müssen wir dabei stehen bleiben, es für unangemessen zu halten, eine noch durchaus unserige Sache zum Gegenstande vorzeitiger Presserörterungen zu machen, weil man dabei leicht den Anschein erweckt, als betrachte man diejenigen Personen, deren Händen die Vorprüfung anvertraut ist, als nicht zu eigenem Urtheil befähigt, oder sich selber für berufen, denselben mit guten Rathschlägen zur Seite zu stehen. Im Uebrigen stimmen wir dem zitierten Blatte darin vollkommen bei, daß eine genaue Prüfung des Planes an allen zuständigen Stellen unerläßliche Bedingung ist, sind aber der Meinung, daß dies ohne jede Voreingenommenheit zu geschehen hat. Selbstverständlich steht dann dem Einzelnen, gleichviel, zu welchem Bortum er gelangt, das vollste Recht zu, die Achtung vor seiner Ueberzeugung auch vom Gegner zu beanspruchen.

— Das königliche Amtsgeschicht zu Cremona macht bekannt, daß die Justizbehörden den Namen der Stadt fortan mit dem Anfangsbuchstaben R. also Kremmen, statt bisher mit C. (Cremmen) schreiben werden. — Dagegen ist nichts einzuwenden, da die Aussprache dieselbe bleibt und im vorliegenden Falle die Bestimmung wohl nur darauf zurückzuführen sein wird, daß man diese deutsche Stadt richtiger mit einem deutschen R als mit einem aus dem Lateinischen herübergenommenen C schreibt. Sehr zu wünschen aber wäre, daß in Bezug auf Namen, deren Schreibweise mit C geradzugefallen ist, weil die Aussprache ein R erfordert, einmal Ordnung geschaffen würde. So beispielsweise bei Coepentier, welches unseres Wissens offiziell mit C geschrieben wird, und deshalb „Cöpenid“ gesprochen werden müßte, weil C vor e gleich Z lautet. Erst wenn das e hinter dem o als Dehnungszeichen gelten sollte, würde C wie R gesprochen werden können. Dann aber müßte man „Cöpenid“ sagen. Dasselbe gilt von Köln. Schreibt man die Stadt mit C, dann werden ihre Einwohner zu „Cöllnern“, wie die Kösliner sich meist als „Cöllner“ darstellen. Coesfeld in Westfalen kann unbefahdet der Aussprache das C beibehalten, denn hier ist das e Dehnungszeichen und die Stadt heißt Kösfeld. Aber derartige Ermägungen sind dem Gebrauch oder richtiger Mißbrauch gegenüber wirkungslos, und so werden unsere verehrten Köpenider bis auf Weiteres ganz gewiß meist „Cöpenider“ bleiben wollen. Nebenbei bemerkt ist jede Verulung auf die etwaige Ableitung der Namen, wie Köln von Colonia, für die Schreibweise nur insofern als maßgebend anzuerkennen, als die Aussprache dabei nicht zu Schaden kommt. Wenn des man leichten Zungenchlaes wegen das o in o unmlautet, muß man auch des beibehaltenen R-lautes wegen, statt des C ein R schreiben.

\* Der am letzten Freitag veranstaltete Braßenzug im Müggelsee, der traditionelle Fischzug auf dem Eise, welcher von den Coepentier Fischern ins Werk gesetzt wird, war diesmal nur vom geringen Erfolge begleitet. Es wurden ca. 13 Ztr. Fische gefangen. Die Zeiten, in welchen die Beute über 100 Ztr. betrug, sind dahin.

Zehlendorf, 22. Januar.

Kz. Die hiesige höhere Knabenschule veranstaltet am Freitag, den 26. d. M., als Vorabend des Geburtstages des Kaisers im großen Saal des Kaiserhofes eine patriotische